Satzung

§ 1 Name, Rechtsform

1. Der Verein führt den Namen „Gemeinschaftlich wohnen in der Pfalz“.
2. Der Verein soll nicht in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2 Zweck und Aufgaben des Vereins

Der Zweck des Vereins ist:

1. Die Vorbereitung eines gemeinschaftlichen, generationsübergreifenden, ökologischen, genossenschaftlich organisierten Wohnprojekts.
2. Dadurch möchten wir ein Wohnumfeld schaffen, in dem Menschen miteinander im Gespräch bleiben und einander unterstützen. Das führt nebenbei zu Synergieeffekten durch gemeinsame Nutzung von Ressourcen.

Der Verein erreicht seine Ziele insbesondere durch:

1. Suche nach einem geeigneten Grundstück oder bestehenden Gebäuden,
2. Entwicklung, und Fortschreibung eines Konzeptes für das oben genannte Wohnprojekt,
3. Öffentlichkeitsarbeit,
4. Gemeinschaftsbildende Aktivitäten und kulturellen Austausch.
5. Gründung einer Baugenossenschaft.

§ 3 Mittel des Vereins

1. Der Verein hat Einnahmen insbesondere aus Mitgliedsbeiträgen und Umlagen.
2. Die Mitglieder des Vereins sind ehrenamtlich tätig. Es dürfen lediglich tatsächlich angefallene Aufwendungen erstattet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Ausrichtung des Vereins

Der Verein orientiert sich an humanistischen und demokratischen Werten, ist weltanschaulich, konfessionell und politisch neutral.

§ 5 Mitgliedschaft

1. Mitglied können natürliche und juristische Personen werden, die die Satzung anerkennen und die Ziele unterstützen.
2. Es werden zwei Kategorien von Mitgliedern unterschieden:
  - a. Ordentliches Mitglied kann jede natürliche Person werden, die die Ziele des Vereins unterstützt und sich aktiv in den Organen des Vereins einbringen möchte.
  - b. Fördermitglied können natürliche und juristische Personen werden.
3. Die Mitgliedschaft als ordentliches Mitglied oder Fördermitglied wird schriftlich beantragt mittels Beitrittsformular. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, mit dem Tod des Mitglieds oder dem Verlust der Rechtsfähigkeit der juristischen Person.
2. Der Austritt ist jederzeit zulässig. Er muss schriftlich gegenüber dem Vorstand erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag wird nicht anteilig zurückerstattet.
3. Ein Mitglied, das in erheblichem Maß gegen die Vereinsinteressen verstoßen hat, kann durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor dem Ausschluss ist das betroffene Mitglied persönlich oder schriftlich zu hören. Die Entscheidung über den Ausschluss ist schriftlich zu begründen. Das Mitglied kann innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang schriftlich Widerspruch einlegen. Über den Widerspruch entscheidet die Mitgliederversammlung. Ein Widerspruch hat aufschiebende Wirkung.
4. Mitglieder, die ihren Austritt erklärt haben oder vom Vorstand ausgeschlossen wurden, verlieren mit sofortiger Wirkung ihre Ämter und haben die Vereinsunterlagen und dergleichen sofort an den Verein herauszugeben.

5. Wer trotz Mahnung mehr als ein Jahr mit seinem Mitgliedsbeitrag im Rückstand ist, kann ausgeschlossen werden.
6. Das ausgetretene oder ausgeschlossene Mitglied hat keinen Anspruch gegenüber dem Vereinsvermögen.

§ 7 Rechte und Pflichten von Mitgliedern

1. Der Mitgliedsbeitrag ist im Januar zu bezahlen. Er beträgt für ordentliche Mitglieder 80 Euro pro Jahr, für Fördermitglieder 50 Euro pro Jahr.
2. Zur Finanzierung besonderer Vorhaben oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten des Vereins kann die Mitgliederversammlung von den ordentlichen Mitgliedern einmalige Umlagen erheben.
3. Die Höhe der Umlage darf das Sechsfache des Mitgliedsbeitrags für ordentliche Mitglieder nicht übersteigen.
4. Das ordentliche Vereinsmitglied, dem eine Umlage aufgebürdet wird, kann in die Fördermitgliedschaft wechseln oder aus dem Verein austreten. Die Pflicht zur Zahlung der Umlage entfällt dann.
5. Einnahmen und Ausgaben müssen verbucht werden und jederzeit den Mitgliedern nachweisbar sein. Der/die Schatzmeister/in ist zur Belegführung verpflichtet.
6. Alle Vereinsmitglieder können an der Mitgliederversammlung teilnehmen und haben Rederecht. Nur ordentliche Mitglieder sind in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt.
7. Nur ordentliche Vereinsmitglieder sind in den Vorstand wählbar.
8. Die Mitglieder sind verpflichtet, die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins zu unterstützen und zu fördern. Sie sind verpflichtet, Beiträge und Umlagen zu zahlen.

§ 8 Vereinsorgane

Die Organe des Vereins sind:

- a. die Mitgliederversammlung
- b. der Vorstand

§ 9 Mitgliederversammlung

1. Oberstes Organ ist die Mitgliederversammlung. Sie wird in der Regel von der/dem 1. Vorsitzenden geleitet.
2. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Außerdem muss eine Mitgliederversammlung einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder die Einberufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.
3. Jede Mitgliederversammlung ist vom Vorstand per E-Mail unter Einhaltung einer Einladungsfrist von mindestens 2 Wochen und unter Angabe der Tagesordnung und des Versammlungsortes einzu-berufen. Die Tagesordnung kann bis 48 Stunden vorher per Mitteilung an die Mitglieder ergänzt werden.
4. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
5. Stimmberechtigt in der Mitgliederversammlung sind die ordentlichen Mitglieder. Eine Stimmübertragung oder Vertretung ist möglich und darf nur schriftlich auf ordentliche Mitglieder des Vereins erfolgen.
6. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden möglichst im Konsent gefasst. Konsent bedeutet: es besteht kein schwerwiegender begründeter Einwand in Bezug auf das gemeinsame Ziel. Kann kein Konsent erreicht werden, ist ein Beschluss gefasst, wenn 75% der abgegebenen gültigen Stimmen zustimmend sind.
7. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Verfasser und der Versammlungsleitung zu unterschreiben ist.
8. Die Mitgliederversammlung kann in Präsenz, hybrid oder rein online stattfinden. Der Vorstand entscheidet hierüber und teilt dies den Mitgliedern in der Einladung mit.
9. Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
  - a. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
  - b. Bestellen von zwei Kassenprüfer/innen, die nicht dem Vorstand angehören,

- c. Änderung der Satzung,
- d. Festsetzung des Mitgliedsbeitrags,
- e. Entgegennahme des Jahresberichts und Entlastung des Vorstands,
- f. Auflösung des Vereins.

§ 10 Vorstand

1. Der geschäftsführende Vorstand im Sinne des §26 BGB besteht aus drei gleichberechtigten Mitgliedern. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich vertreten durch ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstands alleine.
2. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands sind:
  1. Vorsitzende/r
  2. Vorsitzende/r
  - Schatzmeister/inZusätzlich können beliebig viele Beisitzer/innen in den Vorstand gewählt werden.
3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren in offener Wahl gewählt. Er bleibt bis zu einer Neuwahl im Amt.
4. Die vorzeitige Abberufung eines Vorstandsmitglieds durch die Mitgliederversammlung ist zulässig.
5. Beschlüsse des Vorstands können auch schriftlich/per E-Mail oder fernmündlich gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder dem Verfahren zustimmen.
6. Die Aufnahme von Krediten sowie Rechtsgeschäfte ab einem Geschäftswert von 500 Euro bedürfen der Zustimmung der Mitgliederversammlung.
7. Der Vorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:
  - a. Führung der laufenden Geschäfte des Vereins,
  - b. Einberufung und Vorbereitung der Mitgliederversammlungen einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung,
  - c. Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,
  - d. Verwaltung des Vereinsvermögens und die Anfertigung des Jahresberichts und Kassenberichts,
  - e. Mitgliederverwaltung.

§ 11 Satzungsänderung

1. Über Satzungsänderungen entscheidet die Mitgliederversammlung. Vorschläge zu Satzungsänderungen sind den ordentlichen Mitgliedern bis spätestens einen Monat vor der Sitzung der Mitgliederversammlung zuzuleiten.
2. Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald per E-Mail mitgeteilt werden.

§ 12 Auflösung, Anfall des Vereinsvermögens

1. Um einen Auflösungsbeschluss fassen zu können, muss eine Mitgliederversammlung mit einer Frist von einem Monat einberufen werden.
2. Bei Auflösung des Vereins beauftragt die Mitgliederversammlung den Vorstand mit der Abwicklung des Vermögens und bestimmt die Verwendung der nach Beendigung der Vereinstätigkeit verbleibenden Mittel.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Satzung ist mit Beschluss durch die Mitgliederversammlung am 11.01.2025 in Kraft getreten.

§ 14 Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise rechtsunwirksam oder undurchführbar sein, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmungen tritt rückwirkend eine Regelung, die dem Zweck der gewollten Regelung am nächsten kommt.